

Peter Fuchs & Michael Reckordt

Rohstoffsicherung in Deutschland und zivilgesellschaftliche Antworten

Von 2003 bis 2008 schmückte sich Deutschland mit dem Titel des Exportweltmeisters. Kein anderes Land der Welt führte in diesem Zeitraum einen höheren Warenwert aus. Deutschland exportiert vor allem Automobile, Maschinen, Chemierzeugnisse und elektronische Güter. Für deren Produktion müssen Rohstoffe importiert werden. Diese sind längst zum Gegenstand harter Politikfelder wie der Außen-, Wirtschafts-, Sicherheits- oder Handelspolitik geworden.

Gleichzeitig wehren sich weltweit immer mehr Menschen gegen sich ausweitende Bergbauaktivitäten. Sei es die Gewinnung von Seltenen Erden in China, Coltan im Kongo, Nickel in Russland, Steinkohle in Kolumbien, Kupfer in den Philippinen, Gold in Peru oder Braunkohle in der Lausitz – der zunehmende Rohstoffverbrauch führt in den Abbauregionen zu immer mehr sozialen Konflikten, Umweltzerstörung und zum Teil gravierenden Menschenrechtsverletzungen.

Trotz dieser widersprüchlichen Tendenzen verfolgen in Deutschland staatliche und nichtstaatliche Akteure mit verschiedenen Strategien eine Rohstoffpolitik, die vor allem die Sicherung der Versorgung und des Titels „Exportweltmeister“ zum Ziel hat. Dabei kommt es aber auch hier zunehmend zu Protesten und Widerstand. Wie in Deutschland versucht wird, das „Rennen um die noch vorhandenen Rohstoffe“ (Klare 2012) für sich zu entscheiden und welche zivilgesellschaftlichen Antworten und Alternativen hierzu existieren, ist Gegenstand unseres Diskussionsbeitrags.

Deutsche Unternehmen im Geschäft mit Seltenen Erden

Seit 2011 protestieren UmweltaktivistInnen und AnwohnerInnen gegen eine Produktionsstätte von Seltenen Erden in Kuantan an der Ostküste Malaysias. Ende des Jahres 2012 gingen mehrere zehntausend Menschen in der Hauptstadt Kuala Lumpur gegen den australischen Konzern *Lynas* auf die Straße. Dieser plant, Seltene Erden als Erzkonzentrat aus einem Abbaugebiet am Mount Weld im Westen Australiens in das rund 6.000 Kilometer

entfernte Kuantan zu verschiffen und dort zu verarbeiten. Die Menschen dort befürchten, dass der Konzern radioaktive Rückstände nicht ordnungsgemäß entsorgen wird. Aufgrund von Konstruktionsfehlern der Raffinerie drohen hohe Belastungen für Mensch und Umwelt. „Das Lynas-Werk liegt in der Nähe von Fischerdörfern und Siedlungen. Lynas weiterhin zu erlauben unsere Luft zu verunreinigen, unser Wasser und unser Land steuerbefreit zu kontaminieren, ist dumm. Es ist eine Verletzung der Menschenrechte auf saubere Luft, sauberes Wasser und an einem sicheren Ort zu leben“, erklärt Haji Ismail Abu Bakar, einer der Sprecher der Kampagne *Save Malaysia, Stop Lynas* in einer Pressemitteilung vom 3. Juli 2013 (MSL 2013). Obwohl die Kampagne mittlerweile eine der größten in der Geschichte Malaysias geworden ist, steht die Regierung weiter hinter dem Projekt (Lee 2012; Öko-Institut 2013).

Vorkommen von Seltenen Erden sind, anders als der Name es vermuten lässt, in der Erdkruste weit verbreitet, doch ihr Abbau ist nur selten wirtschaftlich lukrativ. Die Gruppe der Seltenen Erden umfasst Lanthan und die 14 im Periodensystem folgenden Lanthanoide sowie Yttrium und Scandium (Elsner 2011). Sie werden in Hochtechnologiesektoren eingesetzt und gelten als zentral für viele „grüne Technologien“. So finden Cer, Europium und Terbium in modernen Leuchtmitteln, Samarium in Mikromotoren oder Dysprosium und Terbium in Permanentmagneten, die unter anderem in modernen Windkraftanlagen eingesetzt werden, Verwendung. 97 Prozent der globalen Förderung findet derzeit in China statt – was sich aus Angst vor einer Monopolstellung Chinas in den nächsten Jahren vermutlich ändern wird. Der deutschen Industrie ist eine Diversifizierung der Bezugsquellen für Seltene Erden sehr willkommen. Daher traten – zeitgleich und ungeachtet der Proteste in Malaysia – die beiden deutschen Konzerne Siemens und BASF im Jahr 2011 an den australischen Konzern Lynas heran. Siemens und Lynas unterzeichneten im Juli desselben Jahres eine Absichtserklärung zur Gründung eines Joint Ventures zur gemeinsamen Produktion von Magneten auf Neodym-Basis für energieeffiziente Antriebe und Windturbinengeneratoren (Siemens 2011). BASF verkündete im darauffolgenden September die Unterzeichnung eines langfristigen Liefervertrages mit Lynas für Lanthan, das für bestimmte chemische Katalysatoren-Erzeugnisse und bei der Weiterverarbeitung von Erdöl benötigt wird (BASF 2011).

Aber nicht nur die deutsche Wirtschaft begrüßt die Diversifizierung des Rohstoffbezugs in Richtung Malaysia, sondern auch VertreterInnen deutscher Forschungseinrichtungen. „Unwägbarkeiten“ bei der Ausbeutung der Seltenen Erden durch Lynas sehen Angehörige des Helmholtz-Institut Freiberg für Ressourcentechnologie vor allem in Verbindung mit den lokalen Protesten, da

diese den Beginn der Förderung hinauszögern oder gar verhindern könnten. Sollte aber „die Produktion wie geplant Mitte 2012 anlaufen“ und sich die Proteste nicht durchsetzen, so die ForscherInnen, dann „könnte für BASF und Siemens ein wichtiger Meilenstein in der Absicherung zukünftiger Rohstoffströme mit einem Lieferanten außerhalb Chinas erreicht worden sein“ (Gutzmer u.a. 2012: 4).

Wissenschaft, Politik und Privatwirtschaft geben so dem Rohstoffhunger unserer „imperialen Lebensweise“ (Brand & Wissen 2011) einträchtig Vorrang vor radioaktiven Gefahren und den Belangen lokaler Bevölkerungsgruppen.

Zentrale Rohstoff-Diskurse

Das Beispiel zum Abbau Seltener Erden in Malaysia, die Haltung deutscher WissenschaftlerInnen und die Strategien von Unternehmen wie BASF und Siemens sind beispielhaft für die dominanten Positionen in den aktuellen rohstoffpolitischen Debatten in Deutschland. Diese werden von drei idealtypischen Diskursen der Rohstoffknappheit bestimmt (Werland 2012). Der erste und dominante Diskurs ist ein Diskurs der Versorgungssicherheit. Tonangebend ist die deutsche Industrie, unter anderem der *Bundesverband der Deutschen Industrie* (BDI), der seit knapp zehn Jahren darum bemüht ist, das Thema Rohstoffsicherheit vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden geopolitischen Konkurrenz, steigender Weltmarktpreise und vermeintlicher Knappheit prominent auf der politischen Agenda zu platzieren. Dabei präsentieren die IndustrievertreterInnen das Thema nicht nur als Problem, sondern zeigen zugleich Wege zur Problemlösung auf: die Ausweitung des Rohstoffangebots sowie der freie und gleichberechtigte, im Industriejargon auch als „fair“ betitelte, Zugang zu Rohstoffen. In diesem Diskurs, den außen-, wirtschafts-, entwicklungs-, umwelt- und sicherheitspolitische VertreterInnen der Regierung gerne übernehmen, wird ausschließlich aus der Perspektive der deutschen bzw. europäischen Wirtschaft argumentiert.

Der zweite ist ein entwicklungspolitischer Diskurs, der sich als „Korrektiv zum Versorgungssicherheits-Diskurs“ (Werland 2012: 8) bezeichnen lässt. Hier werden vor allem die ökonomischen Folgen von Rohstoffexporten aus Entwicklungsländern problematisiert. Eine fundamentale Kritik am Ansatz der Versorgungssicherung verbindet sich damit nicht. Letztere müsste von entwicklungspolitischen Maßnahmen flankiert werden, mit denen in den Exportländern selbst eine nachhaltige Rohstoffversorgung für die heimische Wirtschaft gewährleistet werden kann. Folgerichtig fordern VertreterInnen dieses Diskurses verbesserte Instrumente zur Erhöhung der Transparenz,

menschenrechtliche und ökologische Mindeststandards, Exportbeschränkungen als legitimes Mittel der Politik sowie Technologieexporte, insbesondere im Bereich der Recyclingtechnologie (ebd.: 9f).

Als dritten Diskurs benennt Stefan Werland die rohstoffpolitische Effizienz (ebd.). Dieser Diskurs beinhaltet die Forderung, den inländischen Ressourcenverbrauch als politische Stellschraube zu nutzen, um Abhängigkeiten von Rohstoffimporten zu verringern sowie negative soziale und ökologische Auswirkungen der Rohstoffgewinnung zu vermeiden. Das Schlüsselwort lautet Ressourceneffizienz.

Rohstoffkongresse, -strategien und -partnerschaften

Die öffentliche Debatte um die Rohstoff-Versorgungssicherheit begann hierzulande vor knapp zehn Jahren. Am 8. März 2005 fand der erste von mittlerweile drei BDI-Rohstoffkongressen in Berlin statt. Ziel war es, auf die Bedeutung der Rohstoffsicherheit für die deutsche Industrie aufmerksam zu machen und die Politik „wach zu rütteln“. Dieter Ameling, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, kritisierte öffentlich, dass in der deutschen Politik in der Vergangenheit „der zentralen Bedeutung der Rohstoffversorgung nicht ausreichend Rechnung getragen“ wurde. Außenhandelspolitik sei vor allem als „Instrument zur Öffnung von Absatzmärkten“ aber nicht als „Beitrag zur Rohstoffsicherung“ verfolgt worden. Deutschland könne jedoch nur „dann Exportweltmeister bleiben, wenn die Unternehmen freien und fairen Zugang zu den internationalen Rohstoffmärkten“ erhielten (Ameling 2005). Damit war die zentrale Forderung formuliert: Sicherung von Rohstoffmärkten zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.

Gesagt, getan. Schon auf dem 2. BDI-Rohstoffkongress im März 2007 stellten Industrie und die damalige Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD gemeinsam die zentralen „Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung“ vor. Mit diesem Strategiepapier signalisierte die damalige große Koalition eindeutige Zeichen einer politischen Unterstützung zur Herstellung der Versorgungssicherheit für die deutsche Industrie. Ebenfalls 2007 wurde der Interministerielle Ausschuss „Rohstoffe“ (IMA) eingesetzt, an dem verschiedene Ministerien (für Wirtschaft – BMWi, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – BMZ, für Umwelt – BMU sowie das Auswärtiges Amt – AA) beteiligt sind und an dem auch der BDI „als Sachverständiger aktiv und konstruktiv“ mitarbeitet (BMWi o.J.).

Im Oktober 2010 folgten die Verabschiedung der „Rohstoffstrategie der Bundesregierung“ der schwarz-gelben Koalition sowie ihre Vorstellung

auf dem 3. BDI-Rohstoffkongress. In dieser Strategie wird vor allem die Bedeutung des Freihandels für Rohstoffe hervorgehoben. Gefordert werden weitere Freihandelsabkommen, eine kohärente Rohstoffdiplomatie und Klagemöglichkeiten im Rahmen von WTO-Abkommen. Die Strategie verspricht darüber hinaus eine stärkere Unterstützung der Industrie bei der Diversifizierung der Rohstoffquellen, etwa über staatliche Kredite und Investitionsgarantien, geologische Vorerkundungen und eine verbesserte Datenbereitstellung. Zur Beratung wurde die Deutsche Rohstoffagentur (DERA) unter dem Dach der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) gegründet, die sich vor allem mit den so genannten kritischen Rohstoffen befasst. Damit sind jene Rohstoffe gemeint, die für die deutsche Industrie von großer Bedeutung sind und deren Verfügbarkeit begrenzt ist (vgl. DERA 2012).

Ein weiteres politisches Instrument zur Rohstoffsicherung sind bilaterale Rohstoffpartnerschaften, in denen außen-, wirtschafts- und entwicklungspolitische Zielsetzungen miteinander verbunden werden sollen (BMW 2010). Im Oktober 2011 unterzeichnete die Bundesregierung die erste Rohstoffpartnerschaft mit der Mongolei. Die Federführung für die Aushandlung solcher Partnerschaften obliegt dem BMW, obgleich auch BMZ und BMU eingebunden sind. Im Februar 2012 folgte eine zweite Rohstoffpartnerschaft mit Kasachstan. RegierungsvertreterInnen Deutschlands und Chiles unterzeichneten im Januar 2013 eine Absichtserklärung über eine rohstoffpolitische Zusammenarbeit. Ein ähnliches Abkommen mit Peru ist für die zweite Jahreshälfte 2013 geplant. Dirk Niebel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, äußerte darüber hinaus in einem Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 29. Juni 2013 Interesse an einer Rohstoffpartnerschaft zwischen Deutschland und Afghanistan (Niebel 2013).

Diese Abkommen werden von zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgrund ihrer Intransparenz und der einseitigen Ausrichtung an Wirtschaftsinteressen kritisiert. Aber auch Institutionen der Politikberatung sind – aus anderen Gründen – skeptisch. So weist die Stiftung Wissenschaft und Politik darauf hin, dass Rohstoffpartnerschaften nicht ausreichen „um die Verwundbarkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber Lieferengpässen spürbar zu reduzieren“ (Dahlmann u.a. 2012: 1). Die erhoffte Versorgungssicherheit für die deutsche Wirtschaft ist bisher nicht eingetreten. So existieren kaum langfristige Lieferverträge oder Joint Ventures unter Beteiligung der deutschen Industrie, die aufgrund bilateraler Rohstoffpartnerschaften abgeschlossen wurden.

Daher fordert Rüdiger Schwarz, Geschäftsführer eines Consulting-Unternehmens und Vorsitzender einer Landeskommision „Rohstoffe“ im deutschen Wirtschaftsrat, die Auswahl neuer Partnerländer auf der Grundlage eines „breiteren Dialogs zwischen Politik, Ministerien und Wirtschaft auf der Basis eines nachvollziehbaren Kriterienkatalogs“ (Schwarz 2012: 14). Ein solches Verfahren sei insbesondere bei jenen umfangreichen Großprojekten und risikoreichen Investitionen anzustreben, deren Absicherung die Unterstützung des deutschen Staates erforderten (Schwarz 2013: 16f).

Die Bundesregierung stellt mit ihrer Politik den hohen Rohstoffverbrauch als solchen nicht in Frage. KritikerInnen halten dem entgegen, dass einige Rohstoffe schon heute knapp und der Aufwand und somit das Risiko ihrer Gewinnung immer größer würden. Der Schutz von Menschenrechten, Umwelt und Klima seien nicht mit dem immensen Verbrauch vereinbar. Der von der Bundesregierung eingesetzte Rat für Nachhaltige Entwicklung geht in Deutschland von einem jährlichen Ressourcenverbrauch von circa 40 Tonnen pro Kopf aus (Rat für Nachhaltige Entwicklung 2011) – ein Wert, der deutlich über einem global nachhaltigen Konsum, den das *International Resource Panel* des *Umweltprogramms der Vereinten Nationen* (*United Nations Environment Programme* – UNEP) mit fünf bis sechs Tonnen einschätzt, liegt (vgl. UNEP 2011). Nichtregierungsorganisationen wie der Naturschutzbund (NABU) fordern daher, den Rohstoffbedarf bis 2050 um mehr als zwei Drittel zu senken (NABU 2012).

Deutschland gewinnt zwar einen Großteil der Massenrohstoffe wie Kies und Sande aus heimischen Lagerstätten, doch bei Metallrohstoffen und vielen wichtigen Industriemineralien besteht – neben dem Recycling – eine nahezu vollständige Importabhängigkeit (vgl. DERA 2012). Auch Energierohstoffe wie Öl, Gas, Steinkohle oder Uran werden in großem Umfang importiert. Damit beteiligt sich Deutschland am weltweiten „Wettrennen um das, was übrig geblieben ist“, wie es Michael Klare (2012) bezeichnet. Dieses Wettrennen sei, so Klare, von einer dramatisch veränderten Lage auf den globalen Rohstoffmärkten geprägt: Viele der wichtigen Rohstoffreserven stünden vor der Erschöpfung. Die Zeiten leicht förderbarer Ressourcen seien vorbei – nicht nur beim Öl, sondern auch bei vielen anderen Grundstoffen industrieller Wachstumsökonomien. Daher drängen Staaten und Unternehmen in immer schwierigere, ökologisch risikoreichere Abbaugebiete (etwa die Arktis und der Meeresboden) sowie in sozial und politisch stärker umkämpfte Terrains (wie das Südchinesische Meer). Die geopolitische Konkurrenz um den Ressourcenzugang verschärft sich, Rohstoffpreise steigen, soziale Konflikte nehmen zu (Fuchs 2012).

Zivilgesellschaftliche Forderungen

Nichtregierungsorganisationen, die sich zum Netzwerk AK Rohstoffe¹ zusammengeschlossen haben, kritisierten schon 2010 die einseitige Ausrichtung der deutschen Politik auf handels- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Liberalisierung der Rohstoffmärkte und dem Abbau von Handelshemmnissen (Global Policy Forum 2010). Im September 2013 benannten sie in ihren Handlungsempfehlungen „Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik“ drei wesentliche Lücken bisheriger Rohstoffpolitik (AK Rohstoffe 2013).

Erstens unterstützt die Bundesregierung die deutsche Wirtschaft zwar bei der Steigerung der Materialeffizienz, doch bezieht sie weder globale Umweltgrenzen des Ressourcenverbrauchs noch die Notwendigkeit eines ökologischen Umsteuerns konsequent in ihre Politik ein. Es fehlen verbindliche Aussagen, Ziele und Maßnahmen zur absoluten Verringerung des Rohstoffverbrauchs.

Zweitens sind Initiativen wie der *UN Global Compact*, die *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) oder die Zertifizierung von Lieferketten im Bereich von Mineralien wie Coltan erste Schritte auf dem Weg zu mehr Transparenz und Kontrolle, doch reichen diese nicht aus. Ansätze zu verbesserter Transparenz der Zahlungsflüsse und der Produktions- und Lieferketten sowie die Regulierung durch den *Dodd-Frank-Act*² in den USA und die Transparenzrichtlinie der EU müssen konsequent weiterverfolgt und umgesetzt werden. Um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, bedarf es gesetzlich verankerter und verbindlicher Pflichten für Unternehmen im Rohstoffsektor sowie für Finanzdienstleister und Investoren. Darüber hinaus muss es Entschädigungsmöglichkeiten bei Menschenrechtsverletzungen geben.

Drittens ist die mangelnde demokratische und zivilgesellschaftliche Partizipation bei der Ausgestaltung und Umsetzung der deutschen Rohstoffstrategie zu nennen, bei deren Konzeption weder das Parlament hinreichend eingebunden noch die Zivilgesellschaft beteiligt wurde. Rohstoffpolitik betrifft alle gesellschaftlichen Akteure und Bereiche (Parlamente, Kirchen, Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen, Wissenschaft sowie VerbraucherInnen). Diese müssen dementsprechend in den politischen Prozess eingebunden werden.

1 Der AK Rohstoffe setzt sich aus über vierzig Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen zusammen, die sich seit 2008 regelmäßig treffen und austauschen.

2 Am 21. Juli 2010 unterzeichnete Präsident Obama dieses Gesetz, das die Förderung der Finanzstabilität, die Verbesserung der Rechenschaftspflicht und die Erhöhung der Transparenz im Finanzsystem zum Ziel hat (Obenland 2013).

Das Netzwerk AK Rohstoffe versucht vor allem, den entwicklungspolitischen und ökologischen Diskurs zusammenzubringen und gegen den Industriediskurs zu stärken. Der ökologische Diskurs geht klar über Ressourceneffizienz hinaus: Nicht allein Effizienzgewinne – die unter Umständen durch *Rebound*-Effekte³ zum Großteil oder vollständig aufgebraucht werden (Santarius 2012) –, sondern die absolute Reduktion des Rohstoffverbrauchs und die Annäherung an Rohstoffkreisläufe stehen im Zentrum der NGO-Forderungen. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre ein Kohleausstiegsgesetz, das mittelfristig die Verstromung von Kohle beendet. Kurzfristig müssen Konzerne, die Kohle in Deutschland importieren oder verstromen, sicherstellen, dass beim Abbau der Kohle keine Menschenrechte verletzt werden. Darüber hinaus muss die Bundesregierung Wege zu einer progressiven Besteuerung des Rohstoffverbrauchs finden.

Um diese beiden Diskurse gegenüber dem der Versorgungssicherheit zu stärken und Partner aus dem Globalen Süden einzubinden, fand im Oktober 2013 erstmals die „Alternative Rohstoffwoche“ (<http://alternative-rohstoffwoche.de>) statt. Auf mehr als 25 Seminaren, Tagungen, Theatervorführungen, Filmpräsentationen und anderen Veranstaltungen wurde der Bedarf nach einer menschen-, sozial- und umweltgerechten Rohstoffnutzung und -politik betont. Demgegenüber wurde die bisherige Rohstoffstrategie der Bundesregierung als ausschließlich den Interessen der deutschen Wirtschaft folgend kritisiert. Eine solche Politik gehöre abgeschafft und radikal transformiert, so das Resümee der 10-tägigen Veranstaltungsreihe.

Literatur

- AK Rohstoffe (2013): *Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik – Handlungsempfehlungen deutscher Nichtregierungsorganisationen*, <http://power-shift.de/?p=1849>, letzter Aufruf: 30. 8. 2013.
- Ameling, Dieter (2005): *BDI-Rohstoffkongress. Statement vom 8. März 2005*, http://www.stahl-online.de/medien_lounge/Hintergrundmaterial/EingangsstatementNEU.pdf, letzter Aufruf: 11. 7. 2013.
- BASF (2011): *BASF and Lynas Corporation Establish Long-Term Rare Earth Supply Agreement*, <http://www.basf.com/group/corporate/en/news-and-media-relations/news-releases/news-releases-usa/P-10-0076>, letzter Aufruf: 26. 6. 2013.
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft (2010): *Rohstoffstrategie der Bundesregierung – Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen*, <http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/rohstoffstrategie-der-bundesregierung>, letzter Aufruf: 11. 7. 2013.

3 Der *Rebound*-Effekt besagt, dass das Einsparungspotential durch Effizienzgewinne nur zum Teil oder gar nicht verwirklicht wird. Ein Beispiel ist, dass KäuferInnen von energiesparenden Autos im Anschluss das Auto häufiger nutzen und längere Strecken fahren.

- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft (o.J.): *Rohstoffpolitik*, <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Industrie/Rohstoffe-und-Ressourcen/rohstoffpolitik,did=337102.html?view=renderPrint>, letzter Aufruf: 11. 7. 2013.
- Brand, Ulrich, & Markus Wissen (2011): „Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse“. In: Demirović, Alex; Julia Dück; Florian Becker & Pauline Bader (Hg.): *Vielfach-Krise im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg, S. 78-93.
- Dahlmann, Anja, & Stormy-Annika Mildner (2012): *Rohstoffpartnerschaften: Kein Garant für Versorgungssicherheit und Entwicklung*. SWP-Aktuell, Nr. 16, März 2012, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A16_mdn_dnn.pdf, letzter Aufruf: 11. 7. 2013.
- DERA – Deutsche Rohstoffagentur (2012): *DERA-Rohstoffliste 2012 – Angebotskonzentration bei Metallen und Industriemineralen – Potenzielle Preis- und Lieferrisiken*. DERA-Rohstoffinformationen, Nr. 10, http://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/DERA_Rohstoffinformationen/rohstoffinformationen-10.pdf?__blob=publicationFile&v=6, letzter Aufruf: 11. 7. 2013.
- Elsner, Harald (2011): „Kritische Versorgungslage mit schweren Seltenen Erden – Entwicklung ‘Grüner Technologien’ gefährdet?“. In: *Commodity Top News*, Nr. 36, http://www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Produkte/Downloads/Commodity_Top_News/Rohstoffwirtschaft/36_kritische-versorgungslage.pdf?__blob=publicationFile&v=4, letzter Aufruf: 11. 7. 2013.
- Fuchs, Peter (2012): „Materialbeschaffung für die imperiale Lebensweise – Rohstoffpolitik Deutschlands und der EU“. In: *Politische Ökologie*, Bd. 30, Nr. 129, S. 43-47.
- Global Policy Forum (2010): *Anforderungen an eine zukunftsfähige Rohstoffstrategie*. Stellungnahme zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Rohstoffstrategie der Bundesregierung, <http://power-shift.de/?p=235>, letzter Aufruf: 11. 7. 2013.
- Gutzmer, Jens; Andreas Klossek & Polina Marakulina (2012): „Deutsche Strategien des Rohstoffbezugs aus dem Ausland“. In: *Rohstoff-Bote*, Bd. 3, Nr. 1, S. 4.
- Klare, Michael T. (2012): *The Race for What's Left. The Global Scramble for the World's Last Resources*. New York, NY.
- Lee, Jade (2012): *Seltene Erden – Fluch oder Segen für Malaysia?* http://www.asienhaus.de/public/archiv/bergbau-nr3_malaysia.pdf, letzter Aufruf: 26. 6. 2013.
- NABU – Naturschutzbund (2012): *Verantwortung Ressourcenschutz – Rohstoffverbrauch senken und natürliche Ressourcen nachhaltig nutzen*. Berlin.
- Niebel, Dirk (2013): *NIEBEL-Interview für die „Neue Osnabrücker Zeitung“*, In: <http://www.liberales.de/content/niebel-interview-fuer-die-neue-osnabruecker-zeitung-2>, letzter Aufruf: 13. 7. 2013.
- Obenland, Wolfgang (2013): *Country-by-Country Reporting – Länderbezogene Offenlegungspflichten für Unternehmen – ein Beitrag zur Stärkung der öffentlichen Finanzen in Entwicklungsländern*, http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Arbeitspapier_Country-by-Country_2013.pdf, letzter Aufruf: 30. 8. 2013.
- Öko-Institut (2013): *Seltene Erden-Aufbereitung in Malaysia ohne schlüssiges Abfallkonzept*, <http://www.oeko.de/presse/pressemitteilungen/dok/1483.php>, letzter Aufruf: 26. 6. 2013.
- Rat für Nachhaltige Entwicklung (2011): *Wie Deutschland zum Rohstoffland wird – Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung*. Berlin.
- Santarius, Tilman (2012): *Der Rebound-Effekt – Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz*, <http://www.santarius.de/wp-content/uploads/2012/03/Der-Rebound-Effekt-2012.pdf>, letzter Aufruf: 11. 7. 2013.
- Schwarz, Rüdiger (2012): „Deutschlands Rohstoffpartnerschaften“. In: *WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik*, Bd. 20, Nr. 87, S. 9-15, http://www.uni-potsdam.de/fileadmin/projects/rkraemer/WeltTrends87_WeltBlick_Ruediger_Schwarz.pdf, letzter Aufruf: 11. 7. 2013.

- Schwarz, Rüdiger (2013): „Rohstoffpartnerschaften – Chile und wie weiter?“ In: *WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik*, Bd. 21, Nr. 90, S. 15-20, <http://www.uni-potsdam.de/fileadmin/projects/rkraemer/Welttrends-90-Zeitschrift-internationale-Politik-Schwarz-Rohstoffpartnerschaft-Chile-Deutschland-Rohstoffpolitik.pdf>, letzter Aufruf: 11. 7. 2013.
- Siemens (2011): *Siemens and Lynas to form a joint venture for magnet production*, <http://www.siemens.com/press/en/pressrelease/?press=en/pressrelease/2011/industry/i20110742.htm>, letzter Aufruf: 26. 6. 2013.
- SMSL – Save Malaysia, Stop Lynas (2013): *Lynas' breached licensing condition – TOL should be suspended!* <http://savemalaysia-stoplynas.blogspot.de/2013/07/press-statement-of-save-malaysia-stop.html>, letzter Aufruf: 9. 7. 2013.
- UNEP – United Nations Environment Programme (2011): *Decoupling Natural Resource Use and Environmental Impacts from Economic Growth*. Nairobi.
- Werland, Stefan (2012): *Debattenanalyse Rohstoffknappheit*. Projekt Ressourcenpolitik (PolRess), PolRess Arbeitspapier AS 5.1, Berlin.

Anschriften der Autoren

Peter Fuchs
peter.fuchs@power-shift.de

Michael Reckordt
michael.reckordt@power-shift.de



338

iz3w



Fairer Handel – Kaufend schreiten wir voran

Außerdem: ► Filme aus Nord- und Südafrika ► Proteste in der Türkei ► Vergangenheit in Guatemala ► Critical Whiteness ... 52 Seiten, € 5,30 + Porto

[auch als PDF-Download](#)

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd